Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig — 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag, 20. Mai 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

20. 5. a Nr. 236 100 Milliarden
63. Jahrgang.

Reichstagsvorbereitungen.

Zusammentritt der Parteien.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat in Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Stresemann heute vormittag zusammen. Zunächst referierte Abgeordneter Dauch über das Sachverständigengutachten. Die Reichstagsfraktion der Demokraten, die bis auf zwei erkrankte Mitglieder heute im Reichstag vollständig versammelt war, konstituierte sich und setzte zur Vorbereitung der Vorstandswahlen und der Besetzung der Ausschüsse eine Kommission ein. Der bisherige Parteivorsitzende Koch-Weser erstattete das einleitende Referat über die allgemeine politische Lage, über die Parteiführerbesprechungen der Mittelparteien und die Konferenzen mit dem Reichskanzler. Daran schloß sich eine allgemeine Aussprache über die Regierungsbildung und das Sachverständigengutachten.

*

Im Reichstag hielten heute vormittag die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten Sitzungen ab. An der Beratung der Deutschnationalen nahmen auch Großadmiral a. D. v. Tirpitz und der junge Fürst Bismarck teil. Dr. Maretzky, der Kandidat der Nationalliberalen Vereinigung, ist inzwischen der Deutschnationalen Fraktion beigetreten.

Das Tagesgespräch bildete heute die Einladung der Deutschnationalen Fraktion an Zentrum und Volkspartei zu Verhandlungen über die Regierungsfrage, die Mittwoch stattfinden sollen. Die Einladung ist heute vormittag den beiden genannten Fraktionen zugegangen. Der Eindruck, den diese Mitteilung bei beiden Fraktionen gemacht hat, scheint nicht einheitlich zu sein. Eine Anzahl Abgeordneter beider Fraktionen neigt offenbar dazu, auf die Einladung der Deutschnationalen nicht einzugehen, da die Demokraten keine Einladung erhalten haben. Diese Abgeordneten berufen sich darauf, daß die Fraktionen der Mitte bisher geschlossen vorgegangen seien und sich jetzt in den Verhandlungen mit den Deutschnationalen nicht trennen dürften. Die andere Gruppe — und das scheint die Mehrheit zu sein — neigt dahin, der Einladung der Deutschnationalen nachzukommen, in der Erwägung, daß man diese von den Deutschnationalen herbeigeführte Möglichkeit von Verhandlungen nicht unbenutzt vorübergehen lassen dürfe. Falls es morgen zu den von den Deutschnationalen gewünschten Verhandlungen kommt, wird wahrscheinlich das Programm der Parteien der Mitte fertiggestellt sein, in dem die Mittelparteien ihre sogenannten Mindestforderungen für ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen nennen werden.

Alle Fraktionen, die heute vormittag Sitzungen abgehalten hatten, vertagten sich um die Mittagsstunde; die Besprechungen sollen heute nachmittag fortgesetzt werden.

Deutschnationale und Regierungsparteien.

Die gestrigen Besprechungen der Mittelparteien brachten im wesentlichen nichts Neues. Die Parteien traten für eine gemeinschaftliche Fortführung der Außenpolitik, selbst bei einer etwaigen Erweiterung der Koalition, ein.

Allen Parteien unerwartet kam eine Aufforderung der Deutschnationalen, mit ihnen am Mittwoch eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Die Aufforderung erging an die Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei, nicht aber an die Demokraten.

Vertretertag der Württembergischen Deutschnationalen.

al. **Stuttgart**, 19. 5. (Eigenbericht.) Am 18. Mai fand eine sehr stark besuchte Vertreterversammlung der Württembergischen Bürgerpartei (Deutschnationale) statt. Bezüglich der politischen Haltung der Partei war die Tatsache maßgebend, daß die Absichten des Zentrums heute noch — am morgigen Dienstag, wird der neue Landtag eröffnet — völlig im dunkeln liegen. Die auf ein Referat des Fraktionsführers Bazille einmütig gefaßte Entschließung lautet:

„Der Vertretertag hält es für politisch notwendig und nach dem Wahlergebnis parlamentarisch allein richtig, daß die Deutschnationale Fraktion in Reich und Ländern in die Regierungen eintreten. Er sieht es aber als selbstverständlich an, daß die Deutschnationalen nur an solchen Regierungen sich beteiligen, die Leistungsfähigkeit nach innen und außen mit Sicherheit verbürgen. Kommen solche Regierungen nicht zustande, so erwartet der Vertretertag eine unbeugsame Opposition."

Eine Million Arbeiter im Ausstand

Köln, 20. 5. (Mtb.) Laut „Kölnische Volkszeitung" feiern im Ruhrgebiet 93,59 % aller Zechenbelegschaften. Die Kohlenförderung ist auf rund 8 % gegenüber der Normalförderung gesunken. Mit der Metallindustrie sind ungefähr eine Million Arbeiter arbeitslos.

Graf Moltke beim Reichspräsidenten

Der zum Außenminister im Kabinett Stauning ernannte dänische Gesandte in Berlin, Graf Karl Moltke, ist Dienstag Mittag vom Reichspräsidenten in Gegenwart des Außenministers zur Ueberreichung seines Abberufungsschreibens empfangen worden.

Graf Moltke blickt auf ein abwechslungsreiches Leben zurück. Ursprünglich Marineoffizier, wurde ihm, dessen Neigung hauptsächlich auf wissenschaftlichem Gebiete lag, bereits als 25jährigem die Leitung einer topographischen Expedition nach Grönland anvertraut. Später war er zwei Jahre lang der französischen Marine attachiert. Im Jahre 1897 trat er zum diplomatischen Dienste über und war nacheinander in London, Berlin und Rom tätig. Dann leitete er vier Jahre lang die Gesandtschaft in Washington, bis ihm 1912 der wichtigste dänische Außenposten, die Gesandtschaft in Berlin, anvertraut wurde. Ihm und seiner Gattin soll in Deutschland nicht vergessen werden, daß sie in dieser schweren Zeit in erster Reihe standen, wo es hieß, Not zu lindern!

Berliner Kurse vom 20. 5.:

Dollar: unverändert Zuteilung 1 %
Pfund: ℳ 18,40 Bill., Zuteilung 2 %

Der Sozialistensieg in Frankreich.

„Verfehlung" und „Sanktionen".

sf. **Paris**, 20. 5. (Eigenbericht.) Die Linkspresse beginnt sich mit der außenpolitischen Lage zu beschäftigen. „Oeuvre" bringt an leitender Stelle die Ansicht des englischen Unterhausmitgliedes Generalmajors Spears über die Sanktionsfrage. Der General meint, es seien in jedem Vertrage „Sanktionen" vorgesehen. Die Experten hätten die Alliierten selbst zu Feststellungen eingeladen, und es liege auch im Interesse Deutschlands, diese Bestimmungen im voraus zu kennen, vielleicht wünsche es auch die deutsche

Rudolf Nadolny,
der neue deutsche Gesandte in Konstantinopel.

Regierung, um die widerstrebenden Parteien überzeugen zu können. (!) Jedenfalls sei es notwendig, den Begriff „Verfehlung" festzustellen. Der General schlägt vor: Wenn ein Land glaubt, es bestehe eine „Verfehlung", möge auf seinen Antrag das Expertenkomitee versammelt werden, damit es der Reparationskommission berichte. Die Experten selbst, möglichst die gleichen Personen, wie sie das erste Mal getagt hätten, wären am besten geeignet, festzustellen, ob eine „Verfehlung" bestehe. Eine zweite Schwierigkeit liege darin, zu bestimmen, welche „Sanktionen" anzuwenden wären und unter welchen Bedingungen. Wie könnte z. B. die Ruhrbesetzung neuerlich beschlossen werden, wenn die Rheinbrücken nicht mehr in der Hand der Alliierten seien? Wie könnte da z. B. in zehn Jahren die Blockade der deutschen Häfen beschlossen werden, da man doch im Kriege die Schwierigkeiten dieses Vorganges gesehen habe und niemand die Weltlage voraussagen könne. Der General meint, daß eine gemischte interalliierte Fachmännerkommission alle sechs Monate den Alliierten „Sanktionen" vorschlagen könnte, die in diesem Zeitraum eventuell möglich wären. Das Blatt nimmt keine Stellung zu diesen sehr sonderbaren Vorschlägen, aber es scheint mit ihnen zu harmonieren. Innerpolitisch bringt das Blatt die gewohnten Angriffe gegen Millerands Unwillen, seinen Platz zu räumen, und gegen Poincarés Redelust.

Renaudel feiert im „Populaire" den sozialistischen Sieg. Der bekannte Führer warnt die Partei, sich die Vorteile des Sieges entgehen zu lassen. Er beruft sich auf den gestern abend gemeldeten Aufsatz Vanderveldes im belgischen „Peuple", der die Bedeutung dieses Sieges für die Annäherung der Völker und für den „Frieden" schildert. Aber Vandervelde hält die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung nicht für das wichtigste und Renaudel glaubt nicht, daß die Republikaner dieser Frage eine solche Bedeutung beilegen, wie man es ihnen gewöhnlich zuschreibt. Er selbst habe in Amsterdam und Marseille sich gegen das grundsätzliche Verbot der Teilnahme an der Regierung ausgesprochen. So aber, wie Millerand es seinerzeit gehandhabt habe, sei es natürlich unmöglich. Die ganze oder teilweise Beteiligung der Sozialisten an der Regierung hänge von dem Kräfteverhältnis der Partei ab und werde immer fraglich sein. Ist die Partei in diesem Moment stark genug, die wichtigste Stelle zu übernehmen? fragt er. Sie hat eine Krise überstanden. Allerdings hat sie glänzend über die Kommunisten gesiegt. Soll man jetzt eine neue Krise riskieren, wo die Sozialisten noch nicht gänzlich geeint und die Arbeiterklasse syndikalistisch und die politische Lage so unsicher ist? Renaudel bejaht diese Frage. Eine Krise in diesem Augenblick wäre aber sehr gefährlich. Sie würde die Kräfte jener Mitglieder lähmen, die an der Regierung teilnähmen, und würde diese Regierung selbst schwächen. Es bestünde ein Chaos und kein Sozialist wolle auf einem Chaos aufbauen. Einer festen radikalen Politik müsse eine weise und loyale sozialistische Politik entsprechen. Man soll aber von der Partei keine Teilnahme an der Regierung wollen, wenn diese Teilnahme die Zustimmung der Partei nicht hat und dadurch auch die Regierung schädigt. Besser wäre eine bloße Stützung durch die einheitliche Partei.

Painlevé über den „wahren" Frieden

Rom, 20. 5. (W. T. B.) Einem Mitarbeiter des „Giornale d'Italia" gegenüber erklärte Painlevé, es sei bedauerlich, daß der wahre Friede noch eine reine Mythe sei. Die neue französische Regierung werde ohne Verzug zeigen, daß der französische Militarismus und Imperialismus nur eine Legende sei. Aber Deutschland dürfe Frankreichs Verständigungswunsch nicht mit einem gänzlichen Verzicht auf Reparationen verwechseln. Die militärische Besetzung des Ruhrgebiets, sagte Painlevé weiter, müsse auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Dieses Minimum könne je nach Deutschlands gutem Willen ein vorübergehendes sein oder auch gänzlich aufgehoben werden. Deutschland müsse begreifen, daß Frankreich und seine Verbündeten jetzt entschieden an seine bona fides appellierten. Dem Reich liege es jetzt ob, zu zeigen, daß eine Sanktionspolitik Schaden stiften würde und überflüssig sei.

Einseitige Orientierung in London.

„Times" droht mit der Einheitsfront.

a. **London**, 20. 5. (Eigenbericht.) Ueber die Ergebnisse der Mailänder Verhandlungen liegen hier zuverlässige Einzelheiten nicht vor, jedoch wird angenommen, daß die belgischen Minister sowohl in der Sanktionsfrage wie in der Eisenbahnfrage den bisherigen französisch-belgischen Standpunkt beibehalten haben. Die „Times" kommentiert diese Gerüchte in sehr vorsichtiger Weise mit der Bemerkung, daß die Sorgen über die neuen „Sanktionen" wohl verfrüht seien. Der Finanzbericht selber enthalte genug Strafmaßregeln, und die Gefahr, daß der ganze Plan zusammenbrechen könne, müsse als Warnung dienen. Die französisch-belgische Auffassung in der Sanktionsfrage wird also von der „Times" nicht direkt abgelehnt, aber es wird den beiden alliierten Mächten zu bedenken gegeben, daß der ganze Plan zusammenbrechen müsse, wenn man ihn für Deutschland unannehmbar mache.

Im übrigen verteidigt „Times", daß Mac Donald sich auch nach dem Sturze Poincarés bemüht habe, mit diesem in freundschaftlicher Verbindung zu bleiben. Außerdem sei es durchaus nicht so sicher, daß die französische Außenpolitik sich sehr ändern werde.

Sehr bezeichnend sind die Bemerkungen des Blattes über Deutschland. Die deutschen Rechtsparteien schienen eine Haltung einzunehmen, die einer Ablehnung des Berichts gleichkomme. Das sei eine sehr gefährliche Haltung, am gefährlichsten für Deutschland selbst. Es wäre eine Tragödie, wenn gerade jetzt, wo der Plan beinahe von allen Alliierten angenommen worden sei, ein einflußreicher Teil der deutschen Oeffentlichkeit den Plan zerstöre und damit Deutschland und Europa wiederum in neues Leiden stürzen würde.

Man sieht aus diesen Ausführungen deutlich die einseitige Orientierung der englischen Bestrebungen. Während auf der einen Seite zugegeben wird, daß die ganze interalliierte Politik äußerst dunkel und unsicher, daß eine Aenderung der französischen Außenpolitik kaum zu erwarten sei, und daß Paris und Brüssel allem Anschein nach auf ihrer Sonderstellung bestehen würden, die im Bericht nicht enthalten wäre, wird gegenüber Deutschland die Berechtigung bestritten, die Interessen des Reiches bei der Durchführung des Berichtes zu verteidigen. Zum Schluß spricht die „Times" eine kleine Drohung aus: Es sei leider nicht möglich gewesen, eine interalliierte Konferenz schon vor Zusammentritt des Reichstages zusammenzuberufen, aber es sei zu wünschen, daß dies so bald wie möglich geschehe, und daß dabei eine einheitliche Front der Alliierten hergestellt werde.

Der diplomatische Redakteur des „Daily Telegraph" schreibt, es sei jetzt sicher, daß die englische Regierung die Verhandlungen mit Paris über den Sachverständigenbericht nicht fortsetzen werde, bevor die neue französische Regierung gebildet sei. Gewisse französische Blätter haben einen Satz in dem Briefe Mac Donalds an Poincaré dahin ausgelegt, daß England die Fortsetzung dieser Verhandlung während des Interregnums in Frankreich wünsche. In offiziellen Kreisen Londons erfährt man, daß diese Interpretation vollkommen irrig sei. Der „Daily Telegraph" fügt hinzu, daß die Erklärung Herriots und Painlevés über das künftige internationale Programm der sozialistischen Partei in englischen Regierungskreisen die größte Genugtuung hervorgerufen hätte.

Anfragen an Mac Donald im Unterhaus.

London, 20. 5. (W.T.B.) Im Unterhause erklärte Mac Donald, beim Besuch des rumänischen Königspaares in London seien keine formellen politischen Besprechungen mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Duca geführt worden. Die inoffiziellen Erörterungen hätten einen ganz allgemeinen Charakter gehabt, und es sei kein Abkommen geschlossen und keine Vereinbarung getroffen worden.

Weiter wurden zahlreiche Anfragen wegen der Möglichkeit einer propagandistischen Tätigkeit der russischen Delegation in London gestellt. Mac Donald erwiderte, die russische Delegation weile in einer freundschaftlichen Mission in London, und man dürfe annehmen, daß sie nicht Handlungen begehen werde, durch die die im Gange befindlichen Verhandlungen jeden Sinn verlieren würden.

Auf eine Anfrage über die Haltung der englischen Regierung zu den Bestimmungen des Friedensvertrages, betr. die Entwaffnung und den Garantiepackt, erklärte Mac Donald, daß die Frage augenblicklich nicht so weit gediehen sei, daß eine Diskussion vor dem Unterhause irgend einen Nutzen haben könnte. Weiter erklärte Mac Donald, bei der umfangreichen Tagesordnung, die das Unterhaus zu erledigen habe, sei die englische Regierung nicht im Stande, daß genaue Datum festzusetzen, an dem diese Frage geprüft werden könne.

*

„Times" erfährt, daß der Staatssekretär für den Krieg Walsh der britischen Rheinarmee Ende dieses Monats einen offiziellen Besuch abstatten und am 29. Mai zu diesem Zweck von London abfahren wird. Während seines Aufenthalts im besetzten Gebiet findet eine Truppenschau statt, bei der auch der britische Oberkommissar Lord Kilmarnock zugegen sein wird.

Vor neuen Streiks in England.

London, 20. 5. (T. U.) Ungefähr 5000 Londoner Hafenarbeiter beabsichtigen, die Arbeit niederzulegen, wenn ihnen nicht eine sofortige Lohnzulage von 12 sh per Woche zugestanden wird. Andererseits erklärt man, daß der Transportarbeiterverband demnächst zu einer Beratung zusammentritt, um die Lohnforderungen der Omnibusschaffner zu erörtern. Diese drohen gleichfalls mit Streik, falls ihre Löhne nicht um 8 bis 12 sh per Woche heraufgesetzt werden.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, werden in diesem Jahre zum ersten Male die militärpflichtigen jungen Männer aus Eupen und Malmedy zum belgischen Heeresdienst eingezogen werden.

Abreise der Belgier aus Mailand.

Allgemeine Zufriedenheit mit dem Ergebnis.

fr. **Mailand**, 20. 5. (Eigenbericht.) Mussolini ist gestern morgen nach Rom zurückgekehrt, wo jetzt die letzten Vorbereitungen für die feierliche Eröffnung der Kammer am 24. Mai getroffen werden. Die belgischen Minister reisen heute vormittag nach Belgien zurück. Die Agentur Volta schreibt offiziell: Die Mailänder Besprechungen bedeuten eine entscheidende Wendung zur aktiven Beteiligung an den wichtigsten europäischen Problemen. Ihnen werden andere direkte Unterhaltungen sicher folgen. Nach Lösung der französischen Krise werde die diplomatische Aktivität verstärkt werden. Die Möglichkeit einer baldigen Ministerpräsidentenzusammenkunft ist gewiß nicht von der Hand zu weisen.

Die Verhandlungen vom 18. und 19. Mai finden in der ganzen italienischen Presse sowohl bei der fascistischen wie bei der Opposition Zustimmung. Die „Idea Nazionale" charakterisiert die belgischen Minister wie folgt: Sie suchen energisch eine Außenpolitik, unabhängig von äußeren und inneren Einflüssen, zu treiben. In diesem Sinne ist die Zusammenkunft zu begrüßen. Belgien wird möglichst ohne Aufschub mit den ganzen Mächten auf eine ruhige Politik hinarbeiten, die frei ist von den alten Besorgnissen, die die Regierungen und Völker Europas heute beunruhigen. Der „Corriere d'Italia" der Popolari schreibt, die Mailänder Besprechungen haben eine sehr große Bedeutung, weil sie dazu bestimmt sind, den belgischen Ministern eine gradlinige Außenpolitik zu zeigen, die Italien seit 1922 eingehalten hat. Ferner weist der Mailänder „Corriere della Sera" auf die praktische Aufbautätigkeit durch die verschiedenen Reisen der belgischen Minister hin. Der oppositionelle „Mondo" sagt: Infolge des neuen Kurses der französischen Regierung kann die Mailänder Zusammenkunft einen wesentlichen Fortschritt zur Einigung der europäischen Front bedeuten. Das „Giornale d'Italia" argumentiert: Belgien stimmt uns heute zu mit Bezug auf die moralische Billigkeit und finanzielle Logik.

*

Der Führer der Popolari, Don Sturzo, hat in seiner Partei mitgeteilt, daß er sie bitte, von einer Wiederwahl seiner Person in das Direktorium der Partei abzusehen. Er hofft, mit diesem Rücktritt die Erregung, die in letzter Zeit in seiner Partei und im Vatikan gewesen ist, zu mildern.

Aus Rom wird gemeldet, daß Dr. Benesch nach Sizilien abgereist ist.

General Weygand aus Syrien abberufen.

London, 20. 5. (W. T. B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times" erfährt, daß General Weygand den Posten eines französischen Oberkommissars in Syrien aufgeben und nicht nach Beirut zurückkehren dürfe.

*

General Weygand war der Nachfolger des einarmigen Gouraud als Oberkommissar im französischen Mandatgebiet Syrien. Die Berufung Weygands, der die rechte Hand Marschall Fochs war und 1920 mit Erfolg den polnischen Widerstand gegen den Ansturm der bolschewistischen Armeen vor den Toren Warschaus organisierte, wies auf die schweren Aufgaben hin, die Frankreich in Syrien zu lösen hatte. Weygand ging mit brutaler Faust gegen die geknechteten Syrer vor, erreichte aber nur, daß der Widerstand immer kraftvollere Formen annahm, während die französischen Gewalttaten mehr und mehr die Türkei an den Vorgängen interessierten. Vor wenig Wochen wurde Weygand zur Berichterstattung nach Paris befohlen. Seine Tätigkeit scheint an der Seine nicht befriedigt zu haben.

Die Weltflieger.

Paris, 20. 5. (T. U.) Nach einer Meldung aus Hongkong ist der französische Flieger Pelletier d'Oisy Sonntag, den 18. Mai in Kanton eingetroffen. Dr. Sun Yat-sen, der totgesagte Präsident von Südchina, war bei der Landung zugegen. D'Oisy hat die Strecke Hanoi—Kanton in sechs Stunden zurückgelegt. Die Gesamtflugzeit seit seiner Abfahrt von Paris am 24. April beträgt 85 Stunden. Am 19. Mai traf d'Oisy in Hongkong ein und wollte heute nach Schanghai weiterfliegen.

Paris, 20. 5. (T. U.) Aus Tokio wird gemeldet, daß die drei amerikanischen Flugzeuge ohne ihren in Alaska zurückgebliebenen Führer, Major Martin, am 19. Mai die Nordinsel der Kurilen, Paramuschiru, erreicht hatten und nach Süden weiterflogen. Sie sind wohlbehalten an ihrem neuen Landungsplatz eingetroffen.

Die Schweiz und ihr Heer.

d. **Basel**, 20. 5. (Eigenbericht.) Auf dem in Zürich stattgefundenen Parteitag der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz sprach Bundesrat Scheurer, der Vorsteher des Militärdepartements in langen Ausführungen über das schweizerische Heerwesen. Er sagte u. a.: Wir wollen alle Bestrebungen unterstützen, die darauf abzielen, die Berufung auf die Gewalt durch die Berufung auf das Recht zu ersetzen. Die Armee wird Opfer verlangen, doch das darf nicht ausschlaggebend sein, wo es um die Existenz des Volkes geht. Wir haben die Ueberzeugung, daß wir durch die Armee unsere Unabhängigkeit bewahren werden.

Die Genfer Zonenfrage.

Paris, 20. 5. (W. T. B.) Havas dementiert eine französische Blättermeldung aus Genf, in der gesagt wird, daß die Besprechungen zwischen dem französischen und dem schweizerischen Rechtssachverständigen in der Freizonenfrage gescheitert seien. Der französische Unterhändler und der schweizerische Unterhändler seien in einen vorläufigen Meinungsaustausch eingetreten, ihre Verhandlungen würden fortgesetzt werden.

Das Memelstatut von Litauen unterzeichnet.

London, 20. 5. (T. U.) Die Memelkonvention die vor kurzem von den Vertretern der alliierten Mächte in Paris unterzeichnet worden ist, ist nunmehr auch von Litauen unterzeichnet worden.

Der japanisch-amerikanische Konflikt.

Rücktritt des amerikanischen Botschafters in Tokio.

Washington, 20. 5. (W. T. B.) Der amerikanische Botschafter in Tokio, Wood, hat um seine Enthebung von seinem Posten nachgesucht. Das Staatsdepartement bestätigt die Nachricht von dem Rücktritt des Botschafters, betont aber, daß die Demission in keinem Zusammenhang mit der Annahme des Einwanderungsgesetzes stehe, da der Botschafter angeblich bereits zu wiederholten Malen um Abberufung gebeten habe mit der Begründung, sich seinen Privatgeschäften widmen zu wollen.

Der Senat hat die Gesetzesvorlage wegen Gewährung einer Gratifikation für Kriegsteilnehmer (Bonus-Bill) trotz des Vetos des Präsidenten Coolidge angenommen. Die Vorlage erlangt damit Gesetzeskraft.

*

Das vom Staatsdepartement gegebene Dementi hat gar keine Bedeutung. Der Rücktritt des Botschafters hängt unzweifelhaft mit der Annahme des Einwanderungsgesetzes durch den amerikanischen Kongreß zusammen, wodurch vom 1. Juli ab die Japaner gänzlich von der Einwanderung ausgeschlossen werden. Wood war, bevor er nach Tokio kam, Botschafter in Madrid. Sein Vorgänger Warren verließ im vorigen Jahr seinen Posten, nachdem er die Aufhebung des Ishii-Lansing-Abkommens vom 2. November 1917 am 14. April 1923 unterzeichnet hatte. Er erklärte darauf, daß die Beziehungen zu Japan so herzlich wären, daß ihm nichts mehr dort zu tun bleibe. Er ist dann Botschafter in Mexiko geworden. Tatsächlich dauerte es einige Zeit, bis ein Nachfolger gefunden wurde, aber nicht, weil in Tokio nichts zu tun war, sondern gerade deswegen, weil der japanische Posten für Amerika von ganz besonderer Wichtigkeit ist. Wood hat sich dann zu Ende vergangenen Jahres öfters dahin ausgesprochen, daß man Japan eine beschränkte Einwanderung unbedingt gewähren müsse. Diese Stellungnahme war selbstverständlich, da er damit die von Coolidge und Hughes verfolgte Linie hielt. Als dann kürzlich der Kongreß seine gegenteilige Auffassung durchsetzte, hat es Wood für angebracht erhalten, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Damit erhält der Konflikt eine neue Schärfe. Auch Japan soll erwägen, ob es seinen Botschafter in Washington zurückruft und nur einen Geschäftsträger dort beläßt.

Amerikanischer Kreuzerbau.

a. **London**, 20. 5. (Eigenbericht.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Marinekommission dem Repräsentantenhaus eine Kreditforderung von 110 000 Dollars für neue Kreuzerbauten eingereicht. Der Antrag wird damit begründet, daß die amerikanische Flotte in bezug auf den Bau von Kreuzern, weit hinter England und Japan zurückgeblieben sei. Die Vereinigten Staaten verfügen über 10 Kreuzer gegen 55 englischen und 28 japanischen. Es wird indessen als unwahrscheinlich betrachtet, daß der Antrag der Marinekommission noch vor den Sommerferien das Haus beschäftigen werde.

Der leichte Kreuzer „Trenton", wird am Freitag Amerika verlassen, um an der afrikanischen Küste zu manövrieren. Es soll an Hand dieses Manövers festgestellt werden, ob und in welchem Maße leichte Kreuzer in der Lage sind, in weiter Entfernung von ihrer Basis zu manövrieren. Sollte der Kreuzer Erfolg haben, so hat das amerikanische Flottendepartement den Bau von zehn Kreuzern der gleichen Gruppe vorgeschlagen. Der Kreuzer „Trenton" soll im Mittelmeer mit den amerikanischen Flugzeugen zusammentreffen, die die Reise um die Welt ausgeführt haben.

Französisch-japanisches Vorabkommen über Indochina.

London, 20. 5. (T. U.) Aus Tokio meldet Reuter, daß die französischen und japanischen Unterhändler ein Vorabkommen abgeschlossen haben, wonach Japan die Behandlung der meistbegünstigten Nation für die Einfuhr nach Indochina zugesichert wird. Frankreich behält sich jedoch das Recht vor, auf die japanischen Waren, die in Indochina mit französischen Artikeln konkurrieren könnten, einen Schutzzoll zu legen.

Formelle russisch-japanische Verhandlungen in Peking.

Tokio, 20. 5. (W. T. B.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden die russisch-japanischen Verhandlungen in Peking jetzt als formell betrachtet, da beide Unterhändler ermächtigt sind, einen Vertrag zu entwerfen, vorausgesetzt, daß sie über die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung eine Einigung erzielen.

Die Unterhändler sind der Sowjetvertreter Karachan in Peking und der dortige japanische Gesandte Yoshizawa, dem der frühere Konsul in Harbin, Shimada, zur Unterstützung beigegeben ist.

Japanisches Funkwesen.

London, 20. 5. (Eigenbericht.) Die japanische Regierung hat kürzlich beschlossen, der japanischen Presse die Zuleitung auswärtiger Propagandanachrichten zu erleichtern. Zu dem Zwecke ist die Radiostation in Osaka ermächtigt worden, die von den Stationen in Bordeaux und Nauen gegebenen Nachrichten aus Frankreich und Deutschland, die im ersteren Falle in Französisch, im letzteren in Englisch verbreitet werden, aufzunehmen und an die Zeitungen, die sich daran beteiligen wollen, weiterzuleiten. Anfänglich war auch beabsichtigt, amerikanische Funksprüche zu verwenden. Da aber aus Amerika, wie behauptet wird, derartige Nachrichten nicht gegeben wurden, hat man sich nur für französche und deutsche entschieden. Eine Ueberwachung durch die Regierung in insoweit vorgesehen, als in Osaka eine Zensurstelle eingerichtet ist. Das Regierungsunternehmen wird von der Presse ziemlich heftig kritisiert. So wird gesagt, man solle den Zeitungen lieber Nachrichten von gut eingeführten Agenturen zuleiten und es der Presse selbst überlassen, welchen Gebrauch sie davon machen will.

Die Wirtschaft vor der Krise.

Man hat den Eindruck, daß der schwere Ernst der wirtschaftlichen Lage der Gegenwart besonders aber der allernächsten Zukunft noch viel zu weiten Volkskreisen Deutschlands verborgen geblieben ist. Das hängt mit zwei Tatsachen zusammen. Erstens hat die endlich geglückte Stabilisierung der Währung ein Gefühl der Erleichterung und Beruhigung geschaffen, das zunächst einmal in vollem Maße ausgekostet wird. Man weiß, daß es dem Staate bisher gelungen ist, die Einnahmen den Ausgaben anzupassen und daß die absolute Entschlossenheit besteht, nicht wieder zum Hilfsmittel des Notendrucks zu greifen. Man schöpft daraus Beruhigung für die Zukunft und darf sich auch mit Recht darüber freuen, daß allerstärkste und wirksamste Anstrengungen für Erhaltung der stabilen Währung von jeder Partei, die die zukünftige Regierung bilden wird, mit Sicherheit zu erwarten sind. Ferner aber ist mit der Stabilisierung nicht etwa die vielgefürchtete Stabilisierungskrise eingetreten, sondern im Gegenteil, die bis dahin bestehende Inflationskrise ist erleichtert worden. Diese Inflationskrise war ungleich gefährlicher als irgend etwas anderes, was sie hätte ablösen können, denn aus ihr war irgendein rettender Ausweg nicht mehr ersichtlich. Als die Inflationskrise abgestellt wurde, erfolgte nun eben nicht das, was man die Stabilisierungskrise zu nennen pflegt, sondern es erfolgte eine Konjunkturbewegung, die für einzelne Teile der Industrie sehr große Aufträge brachte und in deren Verlauf die Arbeitslosigkeit abnahm. Dem Unkundigen mochte es scheinen, als ob die Wirtschaft aus der Inflationskrise direkt in eine wirtschaftlich fundierte Aufwärtsbewegung eintrete, und diese Meinung hat sich nicht nur im Inlande, sondern sie hat sich auch im Auslande festgesetzt. Man kann in der ausländischen Presse mit Verwunderung teilweise sogar mit Bewunderung, davon lesen, wie ungeahnt doch die Wiederaufstiegsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft seien und wie schnell sie von ihnen Gebrauch mache. Ja, auch im Gutachten der Sachverständigen wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands mit außerordentlichem Optimismus behandelt. Möglich, daß dieser Optimismus nichts anderes ist als politische Tendenz oder eine solche Tendenz, die die Sachverständigen zur Begründung des von ihnen gefundenen Kompromisses hervorkehren zu müssen glaubten. Wollte man ihn als objektive Aeußerung objektiver Sachverständiger werten, so würde die Wertung nicht gerade mit einem positiven Vorzeichen versehen ausfallen. Denn die Sachverständigen sind der Meinung, daß es sich bei der deutschen Krise lediglich um eine Kreditkrise handele, daß es nur an Kapital fehle und daß mit Wiederherstellung des Kredites ein freudiges wirtschaftliches Leben sich voll entfalten werde.

Nichts ist irriger als das. Es handelt sich in Deutschland überhaupt nicht um eine Kreditkrise, wie die Sachverständigen das annehmen, sondern die deutsche Krise, die ja erst in den Anfängen ihrer Entwicklung begriffen ist, ist eine reine Stabilisierungskrise, und die schwere Kreditkrise ist nur ein Zeichen dafür, daß die deutsche Krise unendlich viel schwerer ist oder sein wird, als alle jene Stabilisierungskrisen, die andere europäische Wirtschaftsgebilde durchmachen mußten, nachdem dem Absinken ihrer Währung Einhalt getan hat. Nach jeder Inflation folgt eine Stabilisierungskrise. Aber diese Krise ist schwerer oder leichter, je nachdem die Inflation mehr oder weniger weit fortgeschritten war. Die Kreditkrise in Deutschland ist nur ein Zeichen dafür, was für einen furchterregenden Umfang die Inflation angenommen hatte, ein Zeichen dafür, daß sie bis zur Vernichtung des gesamten Geldkapitals ging. Weil sie so weit ging, deshalb haben wir nun als besonderen Teil der Stabilisierungskrise auch noch die Kreditkrise.

Also die „Kreditkrise" erschöpft nicht das Wesen der Krise, in der wir uns befinden, sondern sie ist eher ein Gradmesser ihres Umfangs. Wer glaubt, daß eine Erleichterung der Kreditlage uns bereits über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinweghelfen kann, der schätzt die Wirtschaftslage bei weitem zu günstig ein.

Man hat der Stabilisierungskrise den Namen Reinigungskrise gegeben. Was ist nun zu bereinigen? Zu bereinigen ist die gesamte deutsche wirtschaftliche Entwicklung seit dem Jahre 1914, also die wirtschaftliche Entwicklung einer Dekade. Seit dem Jahre 1914 hat die Wirtschaft unter anormalen Umständen und Bedingungen gearbeitet, zuerst im Kriege, dann in der Inflationszeit. In der Reinigungskrise wird nachgeprüft werden, was an der deutschen Produktion und an ihrer Organisation haltbar und dauerbar ist, und es wird eine Auslese der Persönlichkeiten stattfinden, die sich in den normalen wirtschaftlichen Verhältnissen ebenso behaupten können, wie sie sich in den annormalen behaupten konnten.

Aber selbst damit ist die Schwere der Prüfung noch nicht voll charakterisiert. Denn es existiert ja auch nicht mehr jener weltwirtschaftliche Organismus, der bis zum Kriegsausbruch existiert hatte und innerhalb dessen sich das ganze System der deutschen Wirtschaft bis zum Jahre 1914 entwickelte. Auch wenn wir heute im verkleinerten Reichsgebiet die Produktivkraft, die Organisationsformen und die Persönlichkeiten noch hätten wie sie im Jahre 1914 existierten, dann hätte die Anpassung an die neuen weltwirtschaftlichen Verhältnisse nicht ohne eine schwere Erschütterung, ohne Umschichtung, ohne Krise vor sich gehen können.

Schließlich aber: wir haben eben heute mit dem verkleinerten Reichsgebiet zu rechnen. Die Verluste an Gebieten, an Reichtum, an Produktion und an Menschen, die der Krieg, Waffenstillstand und Friedensschluß uns brachten, sie werden sich in ihrer ganzen Schwere erst fühlbar machen, und ihre volle Wirkung auf das Wirtschaftsleben erst nehmen, wenn die künstliche Aufpeitschung des Wirtschaftsorganismus durch die Inflation, wie das jetzt der Fall ist, ihr Ende gefunden hat. Wie sich der Mensch es eine Zeitlang gestatten kann, durch künstliche stimulierende Mittel körperliche oder geistige Strapazen besonderer Art zu überstehen, so hat sich das bisher die Wirtschaft gestattet. Und wie beim